



aus Wiesbaden

Nr. 14 – Oktober 2002

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die Offenbacher SPD hat ihren Beitrag dazu geleistet, damit Rot-Grün in Berlin weiterregieren kann. Aber nach der Wahl ist vor der Wahl. Am 2. Februar wird in Hessen gewählt. Wir haben eine gute Ausgangsbasis, um dafür zu sorgen, dass Hessen wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten erhält. Die SPD ist erneut als stärkste Partei aus der Bundestagswahl in Hessen hervorgegangen. Mit unseren Konzepten für Familie, Bildung, Beschäftigung und nachhaltige Umweltpolitik haben wir Antworten auf Zukunftsfragen, die auch Offenbach beschäftigen. Und mit euch gemeinsam will ich es schaffen, nach zwanzig Jahren den Wahlkreis Stadt Offenbach wieder für die SPD zu gewinnen. Ich baue auf eure Unterstützung!*

Eure

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*

Offenbarungseid

Schwarz-Gelb stolpert von einem finanziellen Chaos ins andere. Schon im Mai 2002 musste die Landesregierung ein 500-Millionen-Euro-Loch zugeben. Finanzminister Weimar zog voller Panik die Notbremse und verhängte eine allgemeine Haushaltssperre für alle Mittel, die nicht gesetzlich gebunden sind. Nach öffentlicher Kritik und interner Krisenberatung wurde diese Haushaltssperre wieder aufgehoben und Anfang Juli durch einen sogenannten Bewirtschaftungserlass ersetzt. Insgesamt 150 Millionen Euro haben die Ministerien in ihren Ressorts einzusparen. 50 Millionen will man bei den Personalkosten sparen. Weitere Sparmöglichkeiten sah Minister Weimar in den von Bund, EU und Ländern gemeinschaftlich finanzierten Programmen für Wohnungsbau, Städtebauförderung und den ländlichen Raum. Da Gelder aus Programmen des Bundes und der EU nur dann ausgezahlt werden, wenn das Land entsprechende Komplementärmittel zur Verfügung stellt, hätte Hessen Millionen zur Förderung der Infrastruktur verschenkt. Dies merkte die Regierungsriege wiederum erst nach massiven Protesten der betroffenen Landkreise und der SPD-Opposition. Der Finanzminister machte die nächste Rolle rückwärts und gab einen Großteil dieser Mittel wieder frei. Das schwarz-gelbe Haushaltsloch klafft weiterhin weit offen. Inzwischen hält sich das Sozialministerium an den Zuschüssen für die Frauenhäuser schadlos und kürzt die Zuwendungen um 15 Prozent. Wie die 500 Millionen bis zum Jahresende eingespart werden sollen steht noch in den Sternen. Und der Haushaltsentwurf 2003 sieht eine weitere Verschuldung von 880 Millionen Euro vor. Es ist an der Zeit, den zweiten Herrn der Löcher von seinem Amt zu befreien!



Ominöse Verkaufspraktiken oder Es war einmal...

...ein Ehepaar namens Schmidt, das 30 Jahre lang Burg Staufenberg erfolgreich als Hotel und Gaststätte betrieben hatte. Dann wurde ihnen vom Land Hessen der Pachtvertrag gekündigt, weil man sich durch einen Verkauf Geld zum Stopfen der diversen Finanzlöcher versprach. Dem Pächterehepaar wurde ein Vorkaufsrecht zugesprochen und der Verkaufswert auf zunächst 1,8 Mio. Euro festgelegt. Die Schmidts boten 1,2 Millionen, das war dem Land zuwenig. Kein Verkauf kam zustande, die Burg stand seit Mitte 2001 leer, und ihr Verkaufswert sank rapide. Im Sommer dieses Jahres musste die Burg endlich weg, denn sie kostete nur noch Geld durch Bewachung und Heizung. Am 4. Juli erhielt das Ehepaar Schmidt einen Brief, in dem ihnen angeboten wurde, die Burg für jetzt 1,1 Mio. Euro zu kaufen. Dieses Angebot gelte bis zum 18. Juli, wurde versichert. Am gleichen Tag erhielt Unternehmer Lohbeck einen Brief vom Maklerbüro Christie, das vom Land mit dem Verkauf der Burg beauftragt worden war. In diesem Brief war zu lesen, dass Burg Staufenberg auch für weniger zu haben sei, nämlich für 500.000 bis 600.000 Euro. Und siehe da: Ein neues Wertgutachten, das allerdings offiziell erst fünf Tage später beim Immobilienmanagement des Landes einging, enthielt exakt den Wert 565.000 Euro. Lohbeck kaufte am 18. Juli für 500.000 Euro. Ehepaar Schmidt wurde ein weiteres Mal ausgebootet, denn es hatte nichts über die neue Wertschätzung erfahren. Die Maklerfirma Christie dagegen bestätigt in einem Fax, dass sie von einem Mitarbeiter des landeseigenen Immobilienmanagements schon am 04. Juli über das neue Wertgutachten informiert war. Minister Weimar wäscht seine Hände in Unschuld und verweigert die Aufklärung der undurchsichtigen Verkaufmanöver. Inzwischen will Herr Lohbeck die Burg wieder verkaufen, nachdem er zur Kenntnis nehmen musste, dass die SPD in einem Untersuchungsausschuss die Hintergründe der finanziellen Machenschaften aufdecken will. Ein Märchen? Leider ist diese Geschichte nicht frei erfunden. Sie ist aber ein weiterer Beweis dafür, dass Hessen die derzeitige Regierung nicht verdient hat!



Dienstrang hat Vorrang vor Vernunft

Die Hessische Regierung hat es so gewollt. Nach fast dreißig Jahren sollen alle Polizeibeamten wieder Dienstrangabzeichen tragen. Warum, weiß niemand so recht, am wenigsten die betroffenen Kollegen bei der Polizei. Macht ja nichts, die neue Verordnung kostet ja auch lediglich 216.000 Euro. Für diese Summe bekommen unsere Freunde und Helfer allerdings auch ordentlich zu tun. Die neuen Schulterstücke müssen nämlich per Hand aufgenäht werden, da es die neuen Diensthemden noch nicht in ausreichender Zahl gibt, die das Nähen überflüssig machen. Doch glücklicherweise gibt es ohnehin für jeden Beamten nur Dienstrangabzeichen für insgesamt fünf Hemden. Der darf sich jetzt mit der Frage beschäftigen, ob er seine Sommer oder seine Winterhemden damit ausstatten soll. Falls er verheiratet ist, wird wohl seine Ehefrau diese Frage mitentscheiden, da ihre Nähkünste gefragt sind. Ob der kostenlose Besuch von Nähkursen für diejenigen in Betracht gezogen wird, die weder eine Ehefrau, Freundin, Mutter noch selbst die ausreichende Geschicklichkeit besitzen, versuche ich gerade über eine kleine Anfrage an das Innenministerium zu klären. Hier hat Schilda Hochkonjunktur meint kopfschüttelnd eure